



Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales

24. Sitzung (öffentlich)

29. November 2006

Düsseldorf - Haus des Landtags

10:00 Uhr bis 11:55 Uhr

Vorsitz: Günter Garbrecht (SPD)

Protokollerstellung: Simona Roeßgen

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

Seite

1 Aktuelle Viertelstunde

1

Thema: „Auswirkungen der von Minister Laumann geplanten Vollzugsumkehr im Maßregelvollzug von *Therapie vor Strafe* in *Strafe vor Therapie* vor dem Hintergrund der Vorkommnisse in der JVA Siegburg. Besteht zudem das im Justizvollzug aufgetretene Problem der Mehrfachbelegungen auch im Bereich des Maßregelvollzuges?“

auf Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Nach dem ausführlichen Bericht von Minister Karl-Josef Laumann stellen Barbara Steffens (Grüne) und Elisabeth Veldhues (SPD) Fragen, die aufgrund einer Absprache im Ausschuss über die Behandlung von Detailfragen zum Maßregelvollzug nicht in der Sitzung, sondern im Nachhinein schriftlich vom Ministerium beantwortet werden.

2 Wohnen und Pflege im normalen Wohnumfeld - selbstständiges Leben durchgängig sichern helfen 6

Antrag
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 14/114

- abschließende Beratung und Abstimmung gemäß Vereinbarung der Fraktionen

Der Ausschuss nimmt den gemeinsamen Antrag aller vier Fraktionen (*siehe Anlage*) mitsamt der vom Vorsitzenden vorgeschlagenen Ergänzung „unter Einbeziehung der DIN“ auf Seite 7 unter Nr. 11 einstimmig an.

3 Nichtraucher/-innenschutz in Nordrhein-Westfalen umsetzen! 7

Antrag
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 14/2402 - Neudruck

In Verbindung damit:

Gesundheit stärken - Nichtraucherschutz verbessern und Prävention der Nikotinabhängigkeit ausbauen

Antrag
der Fraktion der CDU und der Fraktion der FDP
Drucksache 14/2877

Die Beratung zu diesem Punkt soll nach einem Bericht der Landesregierung in der nächsten AGS-Ausschusssitzung erfolgen.

4 Bundeszuschuss für das Wohngeld an Kommunen: Finanzielle Auswirkungen der Übereinkunft von Bund und Ländern 8

- Bericht der Landesregierung

Chef der Staatskanzlei Karsten Beneke erstattet Bericht. Dem Ausschuss soll Zahlenmaterial zur Verfügung gestellt werden.

Von diesem Punkt wurde auf Anregung des Vorsitzenden ein Vorabprotokoll erstellt.

5 Arbeit statt Arbeitslosigkeit finanzieren - Langzeiterwerbslosen eine dauerhafte Perspektive für Arbeit und Beschäftigung schaffen 14

Antrag
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 14/2406

- abschließende Beratung und Abstimmung gemäß Vereinbarung der Fraktionen

Der Ausschuss kommt überein, getrennt über die beiden Forderungen des Antrags abzustimmen. Der Ausschuss lehnt Punkt VI Ziffer 1 des Antrags der Fraktion der Grünen Drucksache 14/2406 mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD und Grünen ab. Aufgrund dieses Ergebnisses verzichtet der Vorsitzende auf eine getrennte Abstimmung über die zweite Forderung und lässt über den Gesamtantrag abstimmen. Der Ausschuss lehnt den Antrag der Fraktion der Grünen Drucksache 14/2406 mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD und Grünen ab.

6 Gesetz zur Straffung der Behördenstruktur in Nordrhein-Westfalen 16

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 14/2574

Ausschussprotokoll 14/290

Stellungnahmen siehe APr 14/290

- abschließende Beratung und Abstimmung gemäß Vereinbarung der Fraktionen

Der Ausschuss nimmt den Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 14/2574 mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD und Grünen an.

10 Die Integration der Spätaussiedlerinnen und Spätaussiedler in Nordrhein-Westfalen zielstrebig vorantreiben 18

Antrag
der Fraktion der CDU und der Fraktion der FDP
Drucksache 14/2876

- Verfahrensabsprache

Dieser Antrag soll auf die Tagesordnung der auswärtigen Sitzung am 17. Januar 2007 in Bochum genommen werden.

11 NRW muss Europäische Transparenzinitiative aktiv unterstützen 19

Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 14/2588

- abschließende Beratung und Abstimmung gemäß Vereinbarung der Fraktionen

Dieser Antrag wird ohne Votum an den federführenden Hauptausschuss weitergeleitet.

12 Hochschulen als Träger der beruflichen Ausbildung stärken 20

Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 14/2586

- abschließende Beratung und Abstimmung gemäß Vereinbarung der Fraktionen

Dieser Antrag wird ohne Votum an den federführenden Ausschuss für Innovation, Wissenschaft, Forschung und Technologie weitergeleitet.

- 13 Weniger Pestizide in Obst und Gemüse - Summengrenzwerte festlegen!** 20
- Antrag
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 14/2726
- abschließende Beratung und Abstimmung gemäß Vereinbarung der Fraktionen
- Dieser Punkt soll eventuell in der auswärtigen Sitzung am 17. Januar 2007 behandelt werden.
- 14 Strukturpolitik für den Niederrhein** 21
- Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 14/2869
- Verfahrensabsprache
- Dieser Punkt soll eventuell in der Sitzung am 28. Februar 2007 behandelt werden.
- 15 Gesetz zur Übertragung der Regionalplanung für die Metropole Ruhr auf den Regionalverband Ruhr** 22
- Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 14/2774
- Verfahrensabsprache
- Der Ausschuss will sich gegebenenfalls nachrichtlich an der in Rede stehenden Anhörung des federführenden Ausschusses für Wirtschaft, Mittelstand und Energie beteiligen, ansonsten in der auswärtigen AGS-Ausschusssitzung am 17. Januar 2007 über diesen Punkt beraten.
- 16 Verschiedenes** 22
- a) Beschluss einer auswärtigen Sitzung** 22
- Der Ausschuss beschließt, am 17. Januar 2007 in Bochum eine auswärtige Sitzung zum Thema „Modellregion eGesundheit.nrw“ durchzuführen.

Seite

b) Beschluss einer Reise einer Ausschussdelegation

22

Der Ausschuss beschließt, vom 25. April bis 27. April 2007 mit einer Delegation nach Wien zu reisen.

c) Gespräch mit chinesischer Delegation

23

Der Vorsitzende informiert den Ausschuss über ein für Freitag, den 1. Dezember 2006, geplantes Gespräch mit einer hochrangigen Delegation des Volkskongress-Komitees der Provinz Fujian, die sich auf Einladung der Deutsch-Chinesischen Parlamentariergruppe NRW im Landtag einfinden werde und deren besonderes Interesse dem Thema „Menschen mit Behinderungen und deren Eingliederung in die Beschäftigung“ gelte.

d) Bericht der Landesregierung

23

Der Vorsitzende erinnert das Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales an dessen Zusage, den Ausschuss über die Ergebnisse der Gespräche mit den kommunalen Spitzenverbänden und den Wohlfahrtsverbänden zur Kommunalisierung der Mittel im Drogen- und Aidsbereich zu unterrichten.
